

A4 Tax the West statt Frust für den Rest!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 10.11.2025
Tagesordnungspunkt: 3. Leitantrag

Antragstext

1 Tax the West statt Frust für den Rest!

2 35 Jahre Ungleichheit

3 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Republik noch immer von
4 strukturellen Ungleichheiten geprägt. Diese Unterschiede orientieren sich noch
5 immer an der ehemaligen Grenze zwischen DDR und BRD. Schuld daran ist auch ein
6 vermasselter Transformationsprozess, bei dem ostdeutsche Perspektiven und
7 Bedürfnisse ignoriert wurden. Statt auf Augenhöhe auszuhandeln, wie dieser neue
8 gemeinsame Staat aussehen soll, wurde dem Osten das System der BRD übergestülpt.
9 Fortschrittliche Aspekte, wie z.B. beim Abtreibungsrecht, bei der
10 Kinderbetreuung oder bei der Festschreibung von sozialen Grundrechten, wurden
11 nicht berücksichtigt.

12 Mit Elitenimporten aus Westdeutschland wurde der Osten nach neoliberalen
13 Vorstellungen und ohne Rücksicht auf die Strukturen vor Ort privatisiert und
14 ausverkauft. Mit hohen Kosten für die Menschen im Osten: Jobverlust und
15 Statusverlust, reduzierte Frührente und Aberkennung von Abschlüssen.

16 Die Folgen sind bis heute deutlich spürbar. Ostdeutschland ist im Vergleich zum
17 ehemaligen Westen überproportional von Abwanderung betroffen. Fehlende
18 Infrastruktur, medizinische Versorgung oder ein mangelnder Zugang zu kulturellen
19 Angeboten sind knallharte Realität. Bis heute wohnen Ostdeutsche bei Wessis zur
20 Miete.

21 Mit Überalterung, ohne Konzepte für die Jugend im ländlichen Raum und immer
22 präsenterer rechter Politik ist der Osten gerade für junge Menschen oft nicht
23 attraktiv, was zu weiterer Abwanderung führt.

24 Seit der Wende finden ostdeutsche Biographien kaum politisches Gehör. Ganz im
25 Gegenteil! In der aktuellen Bundesregierung gibt es gerade mal drei ostdeutsch
26 sozialisierte Minister*innen, die Quote bei Leitungsposten in Justiz und
27 Wirtschaft ist mit gerade einmal 2-4% noch viel geringer.

28 Es hat sich eine gewisse politische Resignation breit gemacht. Eine Resignation,
29 die sich durch das Gefühl des „Vergessen-Worden-Seins“ und das Ignorieren
30 ostdeutscher Perspektiven sowie grundsätzlicher Gerechtigkeitsfragen eingestellt
31 hat. Diese Resignation wird von der AfD ausgenutzt. Mithilfe von
32 Heimatsidentität und falscher Nostalgie, nach Zeiten die es nie gab, heizt sie
33 die Angst vor Statusverlust an und beansprucht die Deutungshoheit über den Osten
34 für sich. Sie schüren rassistische Feindbilder und einen identitären Kult, der
35 bestehenden Frust ausnutzt und als Hass gegen marginalisierte Gruppen richtet,
36 statt sich komplexen sozialen Problemen zu stellen und echte Lösungen
37 anzubieten. So wird durch Ausgrenzung, Hass und Hetze falsche Solidarität

38 versprochen. Das Ziel der Rechten war nie Gerechtigkeit, sondern Machtergreifung
39 und ein autoritärer Staatsumbau.

40 Populismus statt gerechte Politik: Rechtsrutsch made by
41 "Mitte"

42 Ungleichheiten und deren Ausschlachtung von Rechts gibt es nicht erst seit
43 gestern. Trotzdem stehen große Teile der Politik, was Antworten angeht, völlig
44 blank da. Nach 15 Jahren kommt die CDU auf die Idee, die AfD inhaltlich stellen
45 zu wollen. Auf kommunaler Ebene gibt es schon lange keine Brandmauer mehr und
46 auch auf Landes- und Bundesebene ist sie instabiler als die Carolabrücke in
47 Dresden. Statt Lösungen auf soziale Fragen, Repräsentationslücken, fehlende
48 Infrastruktur, Abwanderung und Strukturschwäche zu erarbeiten, wird die
49 identitäre Masche von rechts kopiert und nach unten und gegen marginalisierte
50 Gruppen getreten.

51 Mit brutalem Durchgreifen, wie rechtswidrigen Grenzschließungen, wird nationale
52 Handlungsfähigkeit vorgespielt, die in einer globalisierten Welt so nicht
53 existiert. Diese Politik kann nur zu weiterer Enttäuschung führen, weil das Ziel
54 der Abschottung und Ausgrenzung in sich unmenschlich und faschistisch ist. Die
55 Konservativen (inklusive SPD) schaffen selbst die Grundlage, von Rechtsaußen
56 ersetzt zu werden und dabei die ganze Gesellschaft mit in den Untergang zu
57 reißen, indem sie die Abwärtsspirale von Hass und Hetze weiter füttern. Rechtes
58 Gedankengut wird weiter normalisiert, ohne an den Ursachen von Frustration und
59 Misstrauen irgendetwas zu verändern.

60 Auch die Kürzungspolitik auf Bundes- und Landesebene gießt dabei weiter Öl ins
61 Feuer! Statt Perspektiven zu schaffen, werden erfolgreiche Programme für Kultur,
62 Natur und Demokratie zusammengestrichen und Existenzengen gefährdet. Menschen und
63 Regionen werden Chancen genommen, sich weiterzuentwickeln und dem Frust
64 Lebensqualität und Hoffnung entgegenzusetzen. Gemeinsame Projekte, die
65 Selbstwirksamkeit und Austausch fördern, werden aus ideologischen Gründen
66 beiderigt. Der Mindestlohn wird trotz großer Ankündigungen weiter von der
67 Mindestlohnkommission gesetzt und reicht auch nach Erhöhung nicht aus, um ein
68 würdiges Leben zu finanzieren. Gerade für die vielen Beschäftigten in
69 Ostdeutschlands Niedriglohnsektor ist das ein weiteres gebrochenes Versprechen!

70 Und nicht zuletzt die Sozialstaatsreformen auf Bundesebene sind brutale,
71 populistische Symbolpolitik, die kürzen, wo es nichts zu kürzen gibt und
72 Menschen in der Perspektivlosigkeit mit Sanktionen droht. Statt in einer
73 verunsichernden Zeit Sicherheit zu geben, wird öffentlich vermittelt: Wenn es
74 dir am schlechtesten geht, hast du von der Gesellschaft gar nichts zu erwarten!
75 Nachtreten statt Halt geben – get wrecked statt Respekt. Wie wenig kann man aus
76 der ostdeutschen Transformation gelernt haben?

77 Auch hier ist der Osten wieder einmal besonders betroffen. Menschen ohne
78 Tarifbindung sind besonders verletzlich. Diese Tarifbindung ist im Osten
79 geringer als im Westen. Insgesamt sind in Ostdeutschland mehr Menschen von
80 Sozialleistungen abhängig und direkt von Kürzungen betroffen. Ohne Vermögen gibt
81 es keine Rücklagen, die vor Härten schützen. Die Politik der aktuellen
82 Bundesregierung ist staatlich organisierte Entsolidarisierung von einem sowieso
83 schon menschenunwürdigen Ausgangsniveau durch das viel zu niedrige Bürgergeld.
84 Diese Entsolidarisierung des Staates in Krisenzeiten ist dabei gelebtes und

85 geerbtes Trauma in Ostdeutschland, das weiter vertieft wird. Am Ende dieses
86 Prozesses stehen weiteres Misstrauen in die Politik, Perspektivlosigkeit und
87 eine eigene Entsolidarisierung der Menschen als Reaktion auf die
88 gesellschaftlichen Umstände, die sie erleben.

89 Aber das ist kein Naturgesetz...

90 Wir sind der Andere Osten!

91 ...denn viele in Ostdeutschland treten dieser Politik entgegen. In Bündnissen
92 gegen Rechts, Kulturvereinen und Kollektiven, in Gewerkschaften, in politischen
93 Jugendverbänden, auf CSDs und demokratischen Dorffesten gestalten wir den Osten
94 statt zu spalten. Wir alle sind der „Andere Osten“, der als Antwort auf
95 Strukturwandel, Abwanderung, Klassismus und Rassismus demokratische Perspektiven
96 bietet. Uns geht es darum, Ungerechtigkeit abzuschaffen, nicht darum, sie
97 auszuschlachten. Wir enttarnen die identitäre Masche, statt einzustimmen: Die
98 Antwort auf Frust und Enttäuschung ist Selbstwirksamkeit und Solidarität.

99 Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen. Von stilisierten Kulturkämpfen
100 und gegenseitigem „Nach-Unten-Treten“ profitieren nur die, die
101 Verteilungsdebatten verhindern wollen. Wir wollen nicht nur gleichwertige
102 Lebensverhältnisse, wir wollen ein gutes Leben für alle! Wir wollen blühende
103 Landschaften statt Blumensträußen auf Festakten! Wir wollen Landkreise, in denen
104 Jugend nicht Abhängigkeit bedeutet sowie Dörfer, in denen Kultur nicht nur auf
105 Streamingdiensten läuft. Wir wollen Schulsozialarbeit, Kitas die nicht marode
106 sind und Mitbestimmung überall! Wir wollen ein stabiles Klima und ertragbare
107 Sommer in den Städten. Wir wollen Orte, die alle Willkommen heißen und
108 unabhängig von Gender, Herkunft, Hautfarbe und Behinderung ein Safe Space sind.
109 Wir fordern gerechten Lohn, gerechte Rente und Vermögensumverteilung!
110 Milliardär*innen sind eine Gefährdung für die Demokratie und die wenigsten
111 Villen stehen in der Uckermark oder am Thüringer Meer. „Tax the Rich!“ heißt
112 auch: „Tax the West!“

113 Rechtsrutsch ist kein Naturgesetz und Ostdeutschland hat schon einmal gezeigt,
114 dass es anders kann, als alle erwarten. Die Friedliche Revolution war ein Moment
115 der Befreiung – ein Moment der Solidarität im Widerstand, auf die Straße zu
116 gehen, ohne den Ausgang zu kennen. Sie war ein Moment der Selbstwirksamkeit, der
117 zeigt: Selbst eine Diktatur kann abgeschafft werden. Soziale Veränderung kann
118 schnell gehen und ihr Ausgang liegt an uns. Es ist keine Zeit für
119 Schwarzmalerei.

120 Nichts ist verloren und wir können so viel gewinnen!

121 Forderungen

122 Deshalb fordern wir auch innerverbandlich mehr Solidarität sowie finanzielle und
123 organisatorische Unterstützung von strukturstarken Westverbänden. Es braucht
124 mehr Bildungsarbeit zu Ost-West-Unterschieden, auch um Ostperspektiven zu
125 stärken. Unsere Situation muss bei Diskussionen immer mitgedacht werden, ohne
126 dass wir ständig sagen müssen „aber der Osten“!

127 Wir setzen uns für das Landtagswahljahr 2026 als Ziel, die ostdeutschen
128 Bundesländer, also Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, aktiv zu

129 unterstützen. Konkret bedeutet das für uns zum einen Support auf Social Media.
130 Außerdem planen wir im Sommer Wahlkampfbesuche nach Sachsen-Anhalt. Dort wollen
131 wir tatkräftig personelle und organisatorische Unterstützung leisten. Das ist
132 für uns gelebte Solidarität.

133 Von der Landes- und Bundespolitik fordern wir:

- 134 • Rückführung privatisierter Wohnungen in öffentliche oder
135 genossenschaftliche Trägerschaft sowie klimafreundlichen und sozialen
136 Neubau. Die Kommunen müssen sich mit Unterstützung von Land und Bund
137 bemühen, die in den 1990er Jahren privatisierten Wohnungen in öffentliche
138 oder genossenschaftliche Hand zu überführen. Dazu können staatliche
139 Kredite bereitgestellt und durch Mietzahlungen zurückgezahlt werden.
- 140 • Mehr Unterstützung für Studierende und Studienanfänger*innen in
141 Ostdeutschland. Ostdeutsch sozialisierte Studierende sind in den großen
142 Begabtenförderwerken unterrepräsentiert. Viele Studis aus Ostdeutschland
143 kommen zudem aus einer Arbeiter*innenfamilie und erfahren zusätzliche
144 strukturelle Nachteile. Die Förderung durch eine Studienstiftung bietet
145 Studierenden und Schüler*innen finanzielle Förderung, stärkt regionale und
146 überregionale Netzwerke, bindet Fachkräfte in Ostdeutschland und fördert
147 Chancengleichheit. Zudem ermöglicht ein Stipendium Bildungsangebote und
148 den Aufbau eigener Projekte und bspw. Genossenschaften. Wir fordern die
149 Begabtenförderwerke auf, ostdeutsch sozialisierte Studierende gezielter
150 anzusprechen und ihre Strukturen in ostdeutschen Bundesländern auszubauen.
151 Außerdem fordern wir die Gründung einer Ostdeutschen Studienstiftung, die
152 gezielt Strukturen vor Ort aufbauen und zielgruppengerecht werben kann,
153 sowie einen Sonderfond Jung & Ost für die Förderung der Bildungschancen
154 von Jugendlichen in Ostdeutschland.
- 155 • Höhere Erbschaftssteuer - Gewinne aus einer höheren Erbschaftssteuer
156 müssen genutzt werden, um Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland
157 bei der Vermögensbildung abzubauen. Wir fordern die Einführung eines hoch
158 angesetzten Grunderbes.
- 159 • Ausbau und finanzielle Sicherheit bzw. langfristige Förderung von
160 Jugendzentren, Kulturhäusern, Vereinen, Initiativen und linken Freiräumen,
161 die sich für Demokratie, Feminismus und Antirassismus einsetzen und somit
162 antifaschistische Praxis leben.
- 163 • Kultur der Solidarität fördern: Erinnerungsorte und Gedenkveranstaltungen
164 müssen gemeinsam mit Betroffenen gestaltet werden – weg vom Opferdiskurs,
165 hin zur Anerkennung von Widerstand und Selbstorganisation.
- 166 • Vergesellschaftung zentraler Infrastruktur (Energie, Wohnen, Bahn), um die
167 Fehler der neoliberalen Transformation rückgängig zu machen, aber auch in

168 ganz Deutschland für bezahlbare Mieten und eine soziale und demokratische
169 Infrastruktur zu sorgen.

- 170 • Tarifbindung stärken: Staatliche Aufträge nur an Unternehmen mit
171 Tarifverträgen. Wir fordern die Tarifangleichung Ost/West, sodass es hier
172 keine negative Sonderposition des Ostens mehr gibt.
- 173 • Gerechte Strukturpolitik: ländliche Räume stärken, Gesundheitsversorgung
174 vor Ort ermöglichen, gezielte Finanzierung von Kultuorten,
175 Begegnungsorten und zivilgesellschaftlichen Projekten, Ausbau vom
176 öffentlichen Nahverkehr und Radverkehrsinfrastruktur für mehr
177 Unabhängigkeit für Jugendliche.
- 178 • Förderprogramme für strukturschwache Regionen, die insbesondere durch die
179 Treuhand-Privatisierungen besonders geschädigt wurden.
- 180 • Statusgarantie für Beschäftigte von erneuter Transformation betroffener
181 Industrien. Alle Beschäftigten dieser Industrien sollen neue Jobs mit
182 vergleichbaren Tarifbedingungen erhalten durch einen Tarifspiegel
183 Energiewende.
- 184 • Massiver Ausbau erneuerbarer Energien - Unterstützung durch Land und
185 Kommune zur Einrichtung von Energiegenossenschaften. Gewinnbeteiligung der
186 Kommunen und Bürger*innen vor Ort.
- 187 • Demokratische Bildung über die DDR Zeit und Transformationsjahre stärken:
188 Schulen und Jugendprojekte sollen nicht nur staatliche Repression und
189 Stasi behandeln, sondern auch Alltagsrealitäten und widerständige
190 Bewegungen (z. B. Frauen, Umwelt, Kirchen, linke Opposition).
- 191 • Antifaschistische Erinnerungspolitik der Nachwendejahre: Offizielle
192 Anerkennung der Opfer rechter Gewalt durch die Bundesregierung, Gedenktage
193 und Aufklärungsarbeit